



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen der
Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)**

1. Im Jahr 2017 wurden die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ verabschiedet. Wo sehen Sie die größten Herausforderungen in der Umsetzung und welche Schwerpunkte möchte ihre Partei zukünftig setzen?

Antwort:

Die unionsgeführte Bundesregierung hat im März 2021 eine bisherige Bilanz gezogen und für die Zukunft folgende Schwerpunkte für die weitere Umsetzung der Leitlinien gesetzt:

- Der Zusammenhang zwischen der Klimakrise und den Fragen von Frieden, Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung tritt immer stärker ins Bewusstsein. Frühzeitiges Erkennen von klimabedingten Konflikten, aber auch Anpassung und Weiterentwicklung von Lösungsansätzen, werden in den nächsten Jahren von zentraler Bedeutung sein.
- Die Coronakrise hat die Schwachstellen aller Gesellschaften mit Blick auf die Reaktion auf Pandemien offengelegt. Bei der Stärkung von Gesundheitssystemen wird es zukünftig auch darauf ankommen, den Zusammenhang von Gesundheitskrisen, staatlicher Fragilität und Konflikttendenzen im Auge zu behalten.
- Die EU ist heute mehr denn je als internationale Akteurin der Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung gefordert. Die Bundesregierung wird die EU in dieser Rolle noch stärker unterstützen.
- Die Instrumente der Krisenfrüherkennung hat die Bundesregierung seit 2017 signifikant ausgebaut und verfeinert. Auf dieser Grundlage steht nun der Brückenschlag zur krisenpräventiven Politik weiter im Fokus.

2. Was sind für Ihre Parteien in Bezug auf die weltweite Demokratieförderung die wichtigsten Ziele und mit welchen Instrumenten möchten Sie diese erreichen? Welche Rolle spielen für die Parteien dabei ein Summit for Democracy?

Antwort:

Demokratien und autoritäre Staaten ringen um den globalen Gestaltungsanspruch im 21. Jahrhundert. Es geht um den Fortbestand unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung, die autoritäre Staaten in Frage stellen und zu destabilisieren versuchen. Daher wollen CDU und CSU die internationale regel- und wertebasierte Ordnung wieder stärken. Dafür müssen

wir gemeinsam die Zusammenarbeit mit unseren transatlantischen Partnern wieder ausbauen und neue handlungsfähige Strukturen mit unseren weltweiten demokratischen Partnern entwickeln. Dieses Bündnis der Demokratien, dessen Auftakt der „Summit for Democracy“ sein wird, muss prägenden Einfluss auf die globale Ordnung nehmen.

3. Welche Rolle sehen Ihre Parteien für Deutschland, bi- und multilateral, in der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung? Zu welchen friedensfördernden Instrumenten greifen Ihre Parteien und welche regionalen Schwerpunkte setzt sie?

Antwort:

CDU und CSU wollen, dass sich Deutschland weiterhin für Frieden, Freiheit und Sicherheit, für die Wahrung der Menschenrechte, für die Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, für nachhaltige Entwicklung sowie den freien und fairen Welthandel engagiert. Wir suchen grundsätzlich die internationale Partnerschaft und den multilateralen Ansatz. Die Vereinten Nationen (VN) und ihre Organisationen müssen daher entscheidungs- und handlungsfähiger werden. Deutschland und Europa müssen mittels Prävention und Vermittlung mehr Verantwortung insbesondere im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika übernehmen. Durch humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Programme wie die Beschäftigungsoffensive „Cash for Work“ verbessern wir die Lebensperspektiven der Menschen vor Ort. Zugleich unterstützen wir die Staaten der Region im Kampf gegen den Terrorismus.

4. 2021 hat die Bundesregierung den 3. Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 verabschiedet. Welche Rolle spielen die WPS-Agenda für Ihre Parteien und wie wollen Sie sie umsetzen? Planen Sie die Entwicklung einer feministischen Außenpolitik für Deutschland?

Antwort:

CDU und CSU unterstützen nachhaltig die Realisierung des 3. Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325, denn für uns gelten Menschen- und damit auch Frauenrechte universell, sind unteilbar und unveräußerlich. Sie sind Teil unseres Leitbilds für eine gerechte Globalisierung, für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung in der Welt. Wir verteidigen sie daher auch international und auch mit finanziellem Einsatz. Gleichberechtigung ist daher auch ein Grundsatz der deutschen Entwicklungspolitik. Bei all

unseren Ansätzen wollen wir insbesondere Frauen und Mädchen stärken. Wir setzen uns für ihr Recht auf Selbstbestimmung und Familienplanung ein. Außerdem sind gleichberechtigte Bildung und Teilhabe in allen Lebensbereichen unerlässlich, um Armut zu überwinden und das in vielen Ländern noch immer zu hohe Bevölkerungswachstum zu bremsen. Frauen sind Treiber des Wandels, ohne die ein nachhaltiger Fortschritt nicht möglich ist. Daher war „Frauen, Frieden und Sicherheit“ auch ein thematischer Schwerpunkt der deutschen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat.

5. Welche Ziele verfolgen Ihre Parteien im Hinblick auf eine deutsche restriktive Rüstungsexportkontrollpolitik? Planen Sie die Entwicklung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes?

Antwort:

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass auch künftig Entscheidungen über Rüstungsexporte in einer Einzelfallprüfung durch den Bundessicherheitsrat erfolgen. Uns ist bewusst, dass Rüstungsexporte besonders abgewogen und wohl überlegt genehmigt werden müssen. Daher legt eine unionsgeführte Bundesregierung stets ein besonderes Augenmerk darauf, dass die exportierten Güter weder für Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden noch zur Verschärfung von Krisen beitragen. Die Genehmigungen richten sich allein nach außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen und werden unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen stetig neu bewertet. Die Entwicklung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes halten wir nicht für nötig, denn die bestehenden gesetzlichen Regelungen in Deutschland haben sich grundsätzlich bewährt und sind im internationalen Vergleich bereits ziemlich restriktiv. Auch sorgt der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung bereits für ein Höchstmaß an Transparenz in rüstungsexportpolitischen Entscheidungen.

6. Welche Schwerpunkte setzen Ihre Parteien in ihrer Afrika-Politik? Welche Rolle sehen Ihre Parteien für Deutschland, bi- und multilateral, in der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in Afrika? Welche Strategie sollte die neue Bundesregierung mit Blick auf die Sahel-Region verfolgen?

Antwort:

CDU und CSU wollen den Marshallplan mit Afrika zu einer vertieften institutionellen Partnerschaft in Form eines EU-Afrikarats weiterentwickeln. Die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone bietet die Chance für weitere Öffnungsschritte des EU-Binnenmarkts, für den Klimaschutz und für die Kooperation in Zukunftstechnologien. Nachhaltige Entwicklung in Afrika ist ohne Investitionen privater Unternehmen nicht möglich. Besondere Bedeutung dabei haben der Zugang zu Kapital sowie staatliche Garantien zur Risikoabsicherung bei Handel, Investitionen und Projekten. Unverzichtbar sind Anstrengungen bei der Korruptionsbekämpfung und für Rechtsstaatlichkeit. Wir wollen dazu beitragen, die Chancen der Digitalisierung, der Erneuerbaren Energien oder nachhaltiger Mobilität zu nutzen. In Partnerschaft mit der deutschen Wirtschaft und im Rahmen unserer europäischen Klimaaußenpolitik treiben wir so die Energiewende in Afrika voran. Siehe auch Antwort auf Frage 3.

7. Welche Länder- und thematischen Schwerpunkte möchten Ihre Parteien in der Außenpolitik in der Region Osteuropa setzen? Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland trotz zunehmender Einschränkungen durch die russische Seite weiterhin zu ermöglichen?**Antwort:**

CDU und CSU wollen die Unabhängigkeit der östlichen Partner der EU stärken sowie ihre politische und wirtschaftliche Modernisierung zu europäischen Rechtsstaaten tatkräftig fördern. Wir werden uns weiterhin für ein Ende des Konflikts in der Ostukraine und für eine Rückkehr zum legitimen völkerrechtlichen Status der Krim einsetzen. Wir stehen an der Seite der Menschen in Belarus, die sich für Freiheit und Demokratie einsetzen. Das Regime muss den Weg zu einem friedlichen Übergang freimachen oder andernfalls die Härte unserer Sanktionen zu spüren bekommen. Gegenüber Russland brauchen wir in der EU und NATO strategische Geduld sowie die Fähigkeit zur glaubhaften Abschreckung und Resilienz. Wir suchen zugleich weiter den Dialog und die Zusammenarbeit mit Russland dort, wo gemeinsame Interessen bestehen, etwa im Bereich des Klimaschutzes. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viele Kontakte mit den Menschen und der Zivilgesellschaft in Russland erhalten bleiben.

8. Welche Rolle spielen Forschungsergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung für die Positionen Ihrer Parteien und welche konkreten und nachhaltigen Maßnahmen zur Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung schlagen Ihre Parteien vor?

Antwort:

CDU und CSU sehen in der Friedens- und Konfliktforschung einen unverzichtbaren Beitrag zum Verständnis zwischen- und innerstaatlicher Konflikte. Sie trägt dazu bei, dass Politik und Gesellschaft internationalen Entwicklungen auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse angemessen begegnen können. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind eine wichtige Grundlage unserer Arbeit. Wir sprechen uns dafür aus, dass Forschungsvorhaben mittelbare oder unmittelbare gesellschaftliche Relevanz haben und anwendungsorientierte Konzepte entwickeln, die Akteure und Entscheidungsträger aus Politik, Justiz und Verwaltung, Polizei und Sicherheitsbehörden sowie zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen im Umgang mit aktuellen Herausforderungen im Bereich der Konfliktprävention und -beilegung unterstützen können. Zudem begrüßen wir eine frühzeitige Einbindung von Praxispartnern in die Forschungsvorhaben.